**Für Menschenrechte und Völkerrecht in Palästina- Was will BDS?**

Bonn, 27.3. 2017

Martin Breidert

**1. Menschenrechte und Völkerrecht**

Im Juni sind es 50 Jahre, dass Israel die Westbank, den Gazastreifen und die Golanhöhen besetzte. 50 Jahre - meine dänischen Schwiegereltern hatten fünf Jahre unter deutscher Besatzung gelitten.

1980 hat Israel Ostjerusalem annektiert, ebenso die Golanhöhen. Seit fünf Jahrzehnten treibt Israel den Bau der sogenannten Siedlungen voran, im Jahr 2016 schneller denn je zuvor. Der UN-Sicherheitsrat hat im Dezember 2016 einstimmig bei einer Enthaltung festgestellt, dass die Siedlungen völkerrechtswidrig sind. Die Resolution ist völkerrechtlich verbindlich, auch wenn sich das US-Repräsentantenhaus davon distanziert hat. Die EU-Länder Großbritannien, Frankreich und Spanien stimmten für diese Resolution. Der Vertreter der Ukraine wies ausdrücklich darauf hin, dass die Ukraine die israelischen Siedlungen ebenso als Annexion versteht wie die Besetzung der Krim.

Inzwischen wohnen im besetzten Westjordanland und im annektierten Ostjerusalem mehr als 600.000 jüdische Israelis. Vor drei Jahren hatte die israelische Regierung einen Ministerausschuss eingesetzt, der die offizielle Annexion des fruchtbaren Jordantals vorbereiten soll. Netanjahus Minister Naftali Bennett fordert ungeniert die Annexion der gesamten Westbank.

Bei einer Meinungsumfrage, die das Washingtoner Pew Research Center im März 2016 durchführte, befürworteten 48 % der jüdischen Israeli einen gewaltsamen „Transfer“ aller Palästinenser irgendwohin östlich des Jordans in die Wüste *(Schweizerische jüdische Zeitung Tachles vom 9.3. 2016).*

Am 9.7.2004 hat der Internationale Gerichtshof in Den Haag in einem Gutachten festgestellt, dass für die von Israel besetzten Gebiete die Vierte Genfer Konvention anzuwenden ist, die Israel 1951 ratifiziert hat. Der Internationale Gerichtshof sagt, dass der Bau der Mauer, soweit sie auf palästinensischem Gebiet steht, völkerrechtswidrig ist. Dasselbe gilt für alle Siedlungen. Der UN-Sicherheitsrat bestätigte mit der Resolution vom 23.12. 2016 nur, was bereits der Internationale Gerichtshof vor 12 Jahren eindeutig erklärt hatte.

Die Vierte Genfer Konvention bestimmt ausdrücklich, dass eine Besatzungsmacht nicht ihre eigene Bevölkerung in den besetzten Gebieten ansiedeln darf. Außerdem erklärt diese Vierte Genfer Konvention, dass die Besatzermacht die Rohstoffe des besetzten Landes nicht ausbeuten darf. D.h. konkret: HeidelbergCement verletzt mit seinen Kalksteinbrüchen in der Westbank das Völkerrecht. Das israelische Wasserversorgungsunternehmen Mekorot verletzt ebenfalls Internationales Recht, indem es Wasser aus der Westbank in den Staat Israel leitet. Stattdessen lässt Mekorot die Palästinenser extrem hohe Preise für das konfiszierte Wasser zahlen.

Nicht zu vergessen bleibt, dass Israel den Gazastreifen seit 2006 hermetisch abgeriegelt und dadurch in ein Freiluftgefängnis umgewandelt hat. Der Deutsche Bundestag hatte am 1.7. 2010 in einer einstimmigen Entschließung aller (!) Fraktionen Israel aufgefordert, die Blockade des Gazastreifens sofort zu beenden. Daran sollten sich unsere deutschen Politiker erinnern.

Bei meinen beiden Reisen in die besetzte Westbank während der letzten vier Jahre sagten Palästinenser öfter zu mir: Wir wollen als Menschen behandelt werden und nicht wie Tiere.

1. **Was will BDS?**

BDS bedeutet: Boykott, Desinvestitionen, Sanktionen

1. **Boykott**

Aufrufe zum Boykott von Waren aus den völkerrechtlich illegalen Siedlungen kamen bereits seit Ende der 80er Jahre von jüdisch-israelischen (!) Friedens- und Menschenrechtsorganisationen. [[1]](#footnote-1) Allerdings hat Netanjahus Koalition ein Gesetz verabschiedet, das Boykottaufrufe unter Strafe stellt. Im September hinderten die israelischen Behörden den Leiter der Reisegruppe von Pax Christi an der Einreise, weil Pax Christi zum Kaufverzicht von Produkten aus den Siedlungen aufruft. Die israelische Regierung hat dazu aufgefordert, Reisende in Israel und Palästina, die für die BDS-Bewegung eintreten, bei den israelischen Behörden zu denunzieren. D.h. konkret, ich kann nicht mehr nach Israel einreisen.

Ähnlich ist es in Frankreich, die Israel –Lobby hat erreicht, dass auch dort der Aufruf zum Boykott unter Strafe steht. Es wurden auch schon BDS-Unterstützerinnen verurteilt. Allerdings gehen sie jetzt in die nächste Instanz.

Die britische Regierung wie auch einzelne Bundesstaaten in den USA wollen öffentlichen Körperschaften untersagen, sich Boykott-Maßnahmen anzuschließen.[[2]](#footnote-2)

Im letzten Jahr haben 354 europäische Gruppen in einer Petition dagegen protestiert, dass das Recht zum Boykott beschnitten werden soll.[[3]](#footnote-3) Die niederländische Regierung, die schwedische Regierung und das Regionalparlament von Ontario verweigern ein Anti-Boykott-Gesetz. [[4]](#footnote-4)

Die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini hat im EU-Parlament erklärt, dass der Aufruf für BDS zur Meinungsfreiheit gehört, welche die Europäische Menschenrechtscharta garantiert.[[5]](#footnote-5)

Der Ökumenische Rat der Kirchen empfahl 2009 einen Boykott von Firmen, die an der Lieferung von Sicherheitssystemen für israelische Siedlungen verdienen. Auch jüdische Organisationen wie Jewish Voice for Peace in den USA, Peace Now und Boycott from Within in Israel[[6]](#footnote-6), jüdische Organisationen in Europa wie Jews for Justice for Palestine, darunter auch die deutsche Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost e.V. (JS) unterstützen die BDS-Bewegung. Allerdings hat ausgerechnet die Bank für Sozialwirtschaft der JS das Konto gekündigt, weil sie BDS unterstützt. Zwei nichtjüdische Vorstandsmitglieder der Bank befanden, dass eine jüdische NGO antisemitisch sei - eine verdrehte Welt! Um den Wahnsinn perfekt zu machen: Die mehrheitlichen Anteilseigner der Bank sind Caritas und Diakonie!

Es ist irreführend, die Boykottbewegung mit dem Aufruf der Nazis gleichzusetzen: „Kauft nicht bei Juden!“ Die Nazis wollten mit ihrem Boykottaufruf den Juden in Deutschland die ökonomische Existenz nehmen, ehe sie ihnen später die physische Existenz raubten. Dagegen ist die heutige Boykottkampagne darauf gerichtet, den Palästinensern zu ihren Menschenrechten zu verhelfen. Die Boykottbewegung ist gewaltfrei und sie ist demokratisch, weil sich jeder und jede daran beteiligen kann. Wer BDS mit dem Nazi-Aufruf „Kauft nicht bei Juden!“ gleichsetzt, wirft Hitler und Gandhi in einen Topf.

Als sich eine Boykottbewegung gegen die Apartheid in Südafrika wandte, dachte niemand daran, dem Staat Südafrika das Existenzrecht zu nehmen. Es ging allein darum, die Apartheid aufzuheben. So wie ich heute wieder Wein aus Südafrika kaufe, kann ich mir vorstellen, eines Tages israelische Produkte zu kaufen, wenn die Besatzung beendet ist sowie die Menschenrechte und das Völkerrecht auch für die Palästinenser gelten.

Die Nahostkommission von Pax Christi ruft seit 2012 mit der Aktion „Besatzung schmeckt bitter“ dazu auf, keine Produkte aus israelischen Siedlungen zu kaufen. Die Solidarische Kirche im Rheinland hat sich diesem Aufruf angeschlossen. Beide wurden dafür in den Medien heftig als antisemitisch kritisiert, so in WDR 5 und in der WELT.

Bereits 2010 hat der Europäische Gerichtshof festgestellt, dass Produkte aus den Siedlungen nicht unter das EU-Präferenzabkommen fallen *(Az: C-386/08).* Der Bundesgerichtshof hat diese Entscheidung 2013 bestätigt *(Az.: VII R 6/12),* ebenso hat die EU am 11.11.2015 mit einer *Interpretative Note* an dieser Rechtsauffassung festgehalten.[[7]](#footnote-7) Dabei geht es nicht nur um eine Frage der Etikettierung, sondern auch um Kontingentierung von Waren, d.h. welche Mengen importiert werden dürfen.

Die Kennzeichnung von Datteln aus dem Jordantal mit der Bezeichnung „Ursprungsland Israel“ ist also irreführend und rechtswidrig. Boykottgruppen wie Pax Christi fordern nichts anderes als die Einhaltung von EU-Recht.[[8]](#footnote-8)

Im März 2015 trafen sich in Bonn BDS-UnterstützerInnen aus ganz Deutschland und verabschiedeten den deutschlandweiten BDS-Aufruf, der auch von der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft mitgetragen wird. [[9]](#footnote-9) Als ich vor vier Jahren das erste Mal an einer erweiterten Vorstandssitzung der DPG teilnahm, fragte ich, wie sich die DPG zur BDS-Bewegung verhält. Die Antwort des Vorsitzenden lautete damals, man sei in Deutschland in einer besonderen Situation und beziehe deshalb zu BDS nicht Stellung. Inzwischen unterstützt die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft BDS ausdrücklich.

Kurze Rückblende: 2005 hatten während des Weltsozialforums in Porto Alegre mehr als 170 Organisationen der palästinensischen Zivilgesellschaft den BDS-Aufruf verfasst.

Dieser Aufruf enthält drei Forderungen: 1. Ende der Besatzung, 2. Keine Diskriminierung der palästinensischen Israelis, 3. Rückkehrrecht der Flüchtlinge gemäß der UN-Resolution 194.

Der ersten Forderung - Ende der Besatzung – müssten alle zustimmen können, die mit den westlichen Regierungen eine Zwei-Staaten-Regelung fordern.

Die Beendigung der Diskriminierung oder gar Apartheid, unter der die im Staat Israel lebenden Palästinenser mit israelischem Pass leiden, scheint dagegen umstritten zu sein. Als Sigmar Gabriel Hebron besuchte, sprach er zunächst von Apartheid, ebenso wie vor ihm bereits Jimmy Carter und Desmond Tutu. Aber dann machte Gabriel einen Rückzieher und nahm den Begriff Apartheid zurück. Der Guardian-Korrespondent Jonathan Cook, der in Nazareth mit einer Palästinenserin lebt, hat mir auf Anfrage eine lange Liste von mehr als 40 diskriminierenden Gesetzen gesendet, die von der Menschenrechtsorganisation Adalah aufgestellt wurde.[[10]](#footnote-10) Die schwersten Einschränkungen: Palästinenser dürfen kein Land kaufen. Da sie keinen Armeedienst leisten, ist es schwer für sie, einen Job zu finden.

**Rückkehrrecht der Flüchtlinge**

Besonders die dritte Forderung – das Rückkehrrecht der Flüchtlinge – wird oft als irreal bezeichnet. Es heißt, damit würde Israels Existenzrecht infrage gestellt. Dazu ist Folgendes zu bemerken.

Israel hatte den UN-Teilungsplan, von 1947 akzeptiert, wie von israelischer Seite immer wieder betont wird. Dieser Plan sah nicht nur eine Teilung in zwei Staaten vor, sondern bestimmte auch ausdrücklich, dass es zu keinen Vertreibungen der Bevölkerungen kommen darf.

Bekannt ist jedoch, dass Israel vor, während und nach der Unabhängigkeitserklärung ca. 750.000 Palästinenser vertrieben hat, wie die neueren israelischen Historiker Simcha Flapan, Tom Segev, Avi Shlaim, Benny Morris, Ilan Pappe u.a. nachgewiesen haben. Sie beziehen sich dabei auf Quellen wie Ben-Gurions Tagebücher, worin dieser den sog. Plan Dalet zur Vertreibung der Palästinenser erläutert, sowie auf die Archive von Irgun und Hagana.

Der schwedische UN- Beauftragte Folke Bernadotte war fest entschlossen, das Rückkehrrecht der Palästinenser durchzusetzen. Er wurde jedoch im September 1948 von israelischen Terroristen erschossen. Im Dez. 1948 beschlossen die UN die Resolution 194, die das Rückkehrrecht der Palästinenser fordert, und machten es zur Bedingung für die Aufnahme Israels in die UN, dass der Staat Israel dieses Rückkehrrecht der Palästinenser ausdrücklich anerkennt. Israel hat die Resolution 194 schriftlich anerkannt, sie dann aber einfach negiert. Ben-Gurion ist für seinen hebräischen Ausdruck bekannt, die UN seien „Um Shmum“, das heißt, die UN seien ein zu vernachlässigendes Nichts (s. Wikipedia engl.).[[11]](#footnote-11) Tatsächlich hat Israel das *Absentee Law* von 1951 verabschiedet, das den Palästinensern die Rückkehr in ihre Dörfer und Städte untersagt[[12]](#footnote-12), aber alle Juden, deren Vorfahren in den letzten 2000 Jahren oder schon vorher Palästina verlassen hatten, zu jeder Zeit das Recht zur Einwanderung haben.

Israel hat viele UN-Resolutionen missachtet, wenn sie nicht schon vorher durch ein Veto der USA zu Fall gebracht wurden. Die Resolution 194 hat Israel ausdrücklich anerkannt, aber das genaue Gegenteil gemacht.

Was bedeutet das Rückkehrrecht für die Gegenwart? Zunächst ist festzuhalten: Das Rückkehrrecht ist nicht identisch mit tatsächlicher Rückkehr. Rolf Verleger, Psychologieprofessor jüdischen Glaubens und Vorsitzender des Bündnisses zur Beendigung der israelischen Besatzung e.V. (BIB), fordert immer wieder, dass Israel seine Schuld an der Vertreibung der Palästinenser anerkennt. Allein eine verbale Entschuldigung wäre ein nicht zu unterschätzender psychologischer Schritt. Wir Deutsche wissen es vielleicht am ehesten.

Wenn kein tatsächliches Rückkehrrecht möglich ist, dann sollte wenigstens eine Wiedergutmachung für verlorenes Eigentum gezahlt werden. Wir forschen noch heute nach geraubtem jüdischem Kunstgut, und das ist richtig so. Aber das Gleiche muss auch für das Unrecht und die Enteignung gelten, die den Palästinensern widerfahren sind.

Selbst Außenminister Kerry nannte in seiner Rede vom 28. Dezember 2016 das Rückkehrrecht der Flüchtlinge bzw. eine Kompensation für erlittenes Unrecht.

Aus all diesen Gründen stehe ich zu dieser dritten Forderung des Rückkehrrechts ohne Wenn und Aber. Wir haben darüber in unserer Bonner BDS-Gruppe ausführlich diskutiert.

Dass ich so ausführlich über das Rückkehrrecht, diese dritte Forderung der BDS-Bewegung gesprochen habe, hat seinen Grund. Es zeigt exemplarisch, wie sich Israel systematisch der Implementierung des Völkerrechts widersetzt.

Noch einen wichtigen Aspekt der BDS-Bewegung muss ich erwähnen. Das ist der sogenannte kulturelle Boykott, um den sich einige Missverständnisse ranken. Es soll nicht jeglicher kulturelle Austausch boykottiert werden, sondern nur solche Institutionen, Wissenschaftler und Künstler, die auch in den besetzten Gebieten arbeiten bzw. die Besatzung unterstützen. Auf internationaler Ebene gibt es einige Erfolge zu verzeichnen. Die amerikanische Wissenschaftlervereinigung „American Studies Association (ASA)“ stimmte 2013 für einen akademischen Boykott gegen Hochschulen und Universitäten in Israel. In den USA fordern die studentischen Vertreter an vielen Privatuniversitäten einen finanziellen und kulturellen Boykott. Der britische Astrophysiker Stephen Hawking schloss sich 2013 dem Boykottaufruf an und sagte seine Teilnahme an einer Wissenschaftskonferenz in Jerusalem ab. Mehr als 100 britische Künstlerinnen und Künstler haben erklärt, sie würden keine professionellen Einladungen nach Israel oder finanzielle Unterstützung durch Institute akzeptieren, die mit dem israelischen Staat verbunden sind. Zu den Unterzeichnern gehört zum Beispiel Roger Waters.

Zum kulturellen Boykott gehört auch der Sport. Wenn in der israelischen Fußballnationalmannschaft Spieler aus den besetzten Gebieten dabei sind, dann ist meines Erachtens die Mannschaft zu boykottieren.

**b) Deinvestment**

Deinvestment bedeutet Kapitalentzug. Der niederländische Pensionsfonds PGGM, der norwegische staatliche Pensionsfonds und der luxemburgische Pensionsfonds FDC haben ihre Investitionen aus Firmen zurückgezogen, die in den israelischen Siedlungsbau involviert sind.

Auch skandinavische Banken haben ihre Gelder aus Israel abgezogen.

Das Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen UNHCR beendete im Dezember letzten Jahres die Zusammenarbeit mit der weltgrößten privaten Sicherheitsfirma G4S, die israelische Gefängnisse und Checkpoints ausstattet**.**

Der größte Erfolg war vielleicht, als sich der Konzern Veolia um den öffentlichen Personennahverkehr in Stockholm bewarb. Er betrieb Buslinien in der Westbank und die Straßenbahn in Jerusalem. Die schwedische Boykottbewegung hatte es erreicht, dass Veolias Bewerbung keine Berücksichtigung fand. Damit verlor der Konzern mehr Gewinn, als er jemals in der Westbank erzielt hatte.

Die Presbyterianische Kirche in den USA hat ihre Investments bei den Firmen Caterpillar und Hewlett-Packard gekündigt, weil sie an der israelischen Besatzung verdienen. Während der Tagung der Synode hatte sich besonders die Jewish Voice for Peace für einen solchen Investitionsentzug eingesetzt. [[13]](#footnote-13)

Die reformierte Church of Scotland ist von ihrer früheren Unterstützung Israels abgerückt und tritt nun auch für Boykottmaßnahmen ein. [[14]](#footnote-14)

Im Mai 2015 hat der frühere anglikanische Erzbischof und Friedensnobelpreisträger Desmond Tutu in einem Schreiben an den Ev. Kirchentag und damit an die Christinnen und Christen in Deutschland gefordert, dass die Bundesregierung nicht länger zum Unrecht schweigen soll, das die israelische Besatzungsmacht begeht. Er erinnert an das Kairos-Dokument, das einen Boykott gegen Israel fordert.

2009 hatten palästinensische Christinnen und Christen in einer Erklärung, mit dem sogenannten Kairos-Dokument die Kirchen und die Weltgemeinschaft aufgefordert, die Palästinenser bei ihrem Befreiungskampf gegen die Unterdrückung durch das israelische Besatzungsregime zu unterstützen. In Anlehnung an die Boykottaufrufe gegen die Apartheid in Südafrika rufen die palästinensischen Christen dreimal in diesem Text zu Boykott und Sanktionen auf. Sie sind inzwischen nur noch eine verschwindende Minderheit von weniger als 2 %, aber sie haben einen relativ großen gesellschaftlichen Einfluss.

Gerade erst ist eine Pax Christi-Studiengruppe aus Palästina nach Deutschland zurückgekehrt. Eine der Teilnehmenden schrieb mir, alle palästinensischen Gesprächspartner seien ohne Ausnahme für einen Boykott, wohl wissend, dass es auch sie selbst trifft. Aber ihre Situation ist so unerträglich geworden, dass sie dazu bereit sind. Deswegen ist es ideologisches Geschwätz, wenn in heuchlerischer Empathie Israelis und Freunde Israels darauf hinweisen, dass die Palästinenser selbst darunter leiden würden. Als ob sie unter der Besatzung nicht noch viel mehr leiden!

Die United Church of Christ (UCC), eine Partnerkirche der Unierten Kirchen in Deutschland und auch der Evangelischen Kirche im Rheinland, hat sich unmissverständlich der Boykottbewegung angeschlossen.[[15]](#footnote-15) Es bleibt zu hoffen, dass die UCC bei ihren Konsultationen mit ihren deutschen Partnerkirchen ihre Entscheidung nicht nur verteidigt, sondern ihre deutschen „Schwestern und Brüder“ zu überzeugen versucht, ebenfalls in diese Richtung zu gehen.

Am 14. September 2016 erklärten der US-amerikanische Nationale Kirchenrat und Vertreter des Ökumenischen Rates der Kirchen: *We have been gathered here in the capital of the USA, and thus we call for the United States to:*

* *end the current wave of legislative efforts to penalize the use of non-violent economic measures to influence policy in Israel.*

*Churches have used such strategies to advance the rights of people and further the cause of justice both domestically and internationally for many years including the Montgomery bus boycott, apartheid South Africa …. [[16]](#footnote-16)*

Christliche Hilfsorganisationen aus Norwegen, Großbritannien, Irland, Dänemark, Schweden, Finnland und den Niederlanden haben zum Boykott aufgerufen.[[17]](#footnote-17)

Die Methodistische Kirche in Kanada, die United Church of Canada und der südafrikanische Rat der Kirchen bejahen die Boykottbewegung. Das General Board of Church and Society der evangelisch-Methodistischen Kirche in den USA hat vor einem Jahr beschlossen, den Boykott von Sodastream-Produkten zu unterstützen. Es weist auf die destruktiven Auswirkungen der illegalen Siedlungen hin, die eine friedliche Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts verhindern.

1. **Sanktionen**

Ich habe darauf hingewiesen, dass die EU die Kennzeichnungspflicht für Produkte aus den illegalen Siedlungen angeordnet hat. Der Europäische Gerichtshof hat vor nicht langer Zeit entschieden, dass das EU-Assoziierungsabkommen mit Marokko nichtig ist, weil es die von Marokko annektierte Westsahara einbezieht. Ich meine, die EU müsste nicht nur eine Kennzeichnung von Produkten aus Siedlungen fordern, sondern die Einfuhr aus den völkerrechtswidrigen Siedlungen überhaupt verbieten.

2014 riefen 17 EU-Regierungen ihre Bürger auf, auf Geschäfte mit oder Investitionen in illegalen israelischen Siedlungen zu verzichten.[[18]](#footnote-18)

Sanktionen können nur Staaten oder Staatengemeinschaften wie die EU beschließen. Inzwischen gibt es im EU-Parlament eine fraktionsübergreifende Parlamentariergruppe, die sich für Wirtschaftssanktionen gegen Israel einsetzt. Sie berufen sich dabei auf Art. 2 des EU-Assoziierungsabkommens, wonach bei schweren Menschenrechtsverletzungen das Abkommen ausgesetzt werden kann. Der UN-Menschenrechtsrat, Amnesty International, Unicef und sogar das Internationale Komitee vom Roten Kreuz haben immer wieder gravierende Menschenrechtsverletzungen angeprangert.

**Fazit**

In der BDS-Bewegung wird kontrovers diskutiert, ob man nur Produkte aus den Siedlungen boykottieren soll oder auch Firmen, die an der Besatzung verdienen, oder ob ganz Israel zu boykottieren ist. Der BDS-Aufruf der palästinensischen Zivilgesellschaft von 2005 überlässt es jeder Gruppe, in welcher Weise sie sich für die Ziele von BDS einsetzt.

Dabei ist allerdings Folgendes zu bedenken: Der Staat Israel enteignet das Land der Palästinenser ohne jede Entschädigung. Der Staat Israel plant die sog. Siedlungen. Der Staat Israel sorgt für die Infrastruktur wie Wasser, Elektrizität, Straßen. Der Staat subventioniert massiv die sog. Siedlungen ökonomisch und steuerrechtlich. Der Staat Israel sichert die Kolonien militärisch ab. D.h. der Staat Israel ist für diese Kolonien verantwortlich, nicht fanatische Siedler haben es verschuldet, dass eine Zwei-Staaten-Lösung nicht mehr zu verwirklichen ist.

Darum ist es für mich logisch, alle wirtschaftlichen Aktivitäten Israels zu boykottieren. Wenn BDS mehr sein soll als Symbolik mit ein paar Küchenkräutern, dann gilt es, die israelische Wirtschaft als Ganzes zu treffen: You must hit their pockets, sagte einmal jemand zu mir.

Allerdings gibt es dagegen gerade in Deutschland erhebliche Vorbehalte. Die Israel- Lobby hat selbst Gruppen wie Pax Christi und die Solidarische Kirche im Rheinland, die nur Produkte aus den Siedlungen boykottieren, sofort des Antisemitismus bezichtigt. Wer sich von einem solchen instrumentalisierten Antisemitismusbegriff (Moshe Zuckermann) beeindrucken lässt, sollte lieber die Finger von BDS lassen.

Der frühere israelische Minister Nathan Sharansky hat mit seiner 3-D-Methode den israelbezogenen Antisemitismus erfunden (dämonisieren, delegitimieren, doppelte Standards). Rolf Verleger hat das Vorwort zur empirischen Antisemitismusstudie des Konstanzer Wissenschaftlers Wilhelm Kempf geschrieben, das den Titel trägt: „Israelkritik zwischen Antisemitismus und Menschenrechtsidee“ (2015). [[19]](#footnote-19) Er weist nach, dass gerade unter denen, die sich für die Menschenrechte der Palästinenser einsetzen, weniger antisemitische Klischees virulent sind als unter jenen, die vorbehaltlos den Staat Israel unterstützen.

Ist es Antisemitismus, wenn ich mich für die Menschenrechte und das Völkerrecht einsetze, dann will ich gern als Antisemit bezeichnet werden. Ich will weder propalästinensisch noch proisraelisch sein, sondern engagiere mich für die Menschenrechte und das Völkerrecht. Das ist mein Kompass. Bei diesem Maßstab hat allerdings Israel schlechte Karten. Das asymmetrische Verhältnis von Besatzern und Besetzten wird jedem unübersehbar, der nach Israel/Palästina reist und sich nicht mit Heilig-Land-Tourismus begnügt.

Ich möchte mich mit Israel solidarisieren, aber mit einem Israel, das die Menschenrechte und das Völkerrecht respektiert, so wie es die Unabhängigkeitserklärung Israels versprochen hatte. Solange dies nicht geschieht, solidarisiere ich mich im Sinne der Befreiungstheologie für die Unterdrückten von heute, das sind eindeutig die Palästinenser.

Bei unserem BDS-Stand in der Bonner Innenstadt wird uns immer wieder gesagt: Da ist ja gut gemeint, was ihr da macht, aber das bringt nichts.

Als Shimon Peres Staatspräsident war, sagte er auf einer Konferenz aller israelischen Botschafter, die Bedrohung durch BDS sei größer für Israel als die militärische.

Netanjahu erklärte, BDS sei gefährlicher für Israel als der Iran. Wenn ich ihn beim Wort nehme, dann kann doch die BDS-Bewegung sehr stolz sein auf ihre bisherigen Erfolge. Der israelische Ökonom Shir Hever, der das Buch geschrieben hat „Die Politische Ökonomie über die Besatzung hinaus“, erklärte in einem Vortrag in Bonn, dass Israels Wirtschaft viel weniger autark sei als Südafrika damals war, einerseits wegen seiner fehlenden Größe, andererseits wegen der Interdependenzen, die mit der Globalisierung einhergehen.

Ein Argument, dass ich bereits vor vier Jahren in der größten „Siedlung“, in Maale Adumim, von deren Sprecherin hörte und später immer wieder in Variationen las, besteht darin, darauf hinzuweisen, dass die Palästinenser die Hauptleidtragenden eines Boykotts seien. Diese Dame sprach anfangs sehr abschätzig über die Palästinenser. Erst als sie von sich aus auf das Thema BDS kam, war sie plötzlich voller Empathie für die armen Menschen. Ich erinnere daran, mehr als 170 palästinensische NGOs haben sich für BDS ausgesprochen.

Die Palästinensische Autonomiebehörde lehnt die BDS-Bewegung ab, weil diese korrupte Clique mit Israel kollaboriert. Wollen wir in Deutschland den Palästinensern beistehen, dann sollten wir uns an BDS beteiligen. Liberale Juden innerhalb und außerhalb Israels heben immer wieder hervor, dass sich die Verhältnisse in Israel und damit auch in den besetzten Gebieten nur durch Druck von außen verändern werden.

Nur durch internationalen Druck von unten, durch Boykott und Deinvestment kann Israel dazu bewegt werden, das Völkerrecht anzuerkennen und die Besatzung und Kolonisation zu beenden, die Mauer in der Westbank abzureißen und die Blockade von Gaza aufzuheben. Wer meint, solche Veränderungen müssten von innen heraus geschehen, der verkennt meines Erachtens völlig die innenpolitische Lage in Israel. Vor 20 Jahren war die innerisraelische Friedensbewegung noch stark, heute ist sie völlig marginalisiert. Die israelische Regierung tut alles, um ihre Unterstützer zu schikanieren. Darum sind wir gefragt: in Deutschland, in der EU, in den USA. Südafrika ist ohnehin aktiv.

Die Resolution des UN-Sicherheitsrates vom 23.12. 2016 gibt uns völkerrechtlich Rückenwind. Wenn es die Regierungen im Westen bei verbalen Bekundungen belassen, ist es an uns, durch gewaltfreie Aktivitäten dazu beizutragen, dass die Menschenrechte und das Völkerrecht geachtet werden. Würden die Bundesregierung und die EU ihre menschenrechtlichen und völkerrechtlichen Verpflichtungen nicht nur verbal, sondern wirksam vertreten, dann brauchte es keine BDS-Bewegung. Einst sagte Nelson Mandela: *"Wir wissen nur zu gut, dass unsere Freiheit unvollständig ohne die Freiheit der Palästinenser ist."*

1. Matzpen (1988), Gruppe „Das 21. Jahr“ (1988), Gush Shalom (1997), Fünfunddreißig Israelis/Juden“ (2001), Initiative der Akademiker (2002). Der englische Wikipedia-Artikel zu BDS erwähnt diese israelischen Boykottaufrufe nicht. [↑](#footnote-ref-1)
2. http://newobserveronline.com/uk-illegal-to-boycott-israel/ [↑](#footnote-ref-2)
3. http://www.eccpalestine.org/352-european-human-rights-organisations-church-group-trade-unions-and-political-parties-call-on-the-eu-to-support-their-right-to-bds/ [↑](#footnote-ref-3)
4. http://bds-kampagne.de/2016/05/27/niederlaendische-regierung-bezeichnet-bds-als-meinungsfreiheit/ [↑](#footnote-ref-4)
5. http://www.europarl.europa.eu/sides/getAllAnswers.do?reference=E-2016-005122&language=EN [↑](#footnote-ref-5)
6. http://peacenow.org/page.php?id=3408 [↑](#footnote-ref-6)
7. http://eeas.europa.eu/delegations/israel/documents/news/20151111\_interpretative\_notice\_indication\_of\_origin\_of\_goods\_en.pdf [↑](#footnote-ref-7)
8. http://www.paxchristi.net/de/news/appell-fuer-einen-neuen-israelisch-palaestinensischen-friedensprozess-zeit-zur-neuverpflichtung#sthash.Dj5AeqKW.dpbs [↑](#footnote-ref-8)
9. S. Anhang. [↑](#footnote-ref-9)
10. http://www.adalah.org/en/content/view/7771 [↑](#footnote-ref-10)
11. https://en.wikipedia.org/wiki/Um-Shmum [↑](#footnote-ref-11)
12. https://en.wikipedia.org/wiki/Israeli\_land\_and\_property\_laws#The\_.27Absentees\_Property\_Law.27 [↑](#footnote-ref-12)
13. https://en.wikipedia.org/wiki/Presbyterian\_Church\_%28U.S.A.%29\_disinvestment\_from\_Israel\_controversy [↑](#footnote-ref-13)
14. http://mondoweiss.net/2013/05/scotland-controversial-israelpalestine/ [↑](#footnote-ref-14)
15. http://www.ucc.org/news\_general\_synod\_israel\_palestine\_resolution\_06302015 [↑](#footnote-ref-15)
16. <http://nationalcouncilofchurches.us/pages/press-conference-9-16> [↑](#footnote-ref-16)
17. 352 kirchliche und nichtkirchliche europäische Gruppen haben eine Petition gegen die Kriminalisierung von BDS unterzeichnet: http://bds-kampagne.de/2016/05/18/es-reicht-schluss-mit-der-kriminalisierung-der-bds-bewegung-fuer-gerechtigkeit-in-palaestina-lasst-uns-das-recht-auf-bds-unterstuetzen/ [↑](#footnote-ref-17)
18. <https://www.d-a->g.de/index.php?id=41&tx\_ttnews[tt\_news]=525&cHash=6c256ac1848528e6caf0b916343f744f [↑](#footnote-ref-18)
19. #  W. Kempf, Israelkritik zwischen Antisemitismus und Menschenrechtsidee, 2015.

 [↑](#footnote-ref-19)